Auer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge

Abteilungen nehmen die Austräger und für Auswärtige die Postanstalten entgegen. — Erscheint werktäglich. Fernsprech-Anschluß Nr. 53.

Anzeigenpreise: Die zweigespaltene Millimeterzeile für Anzeigen aus Aue und Umgegend 20 Pfennige, auswärtige Anzeigen 25 Pfennige. Reklamezeile 60 Pfennige, auswärtige Reklamen 1 Reichsmark, amtliche Zeile 30 Pfennige.

Telegramme: Tageblatt Auerzgebirge — Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Aue. — Postscheck-Konto: Amt Leipzig Nr. 1990

Nr. 184 — Freitag, den 9. August 1929 — 24. Jahrgang

Zwei Fronten im Haag

Die Haager Generaldebatte

Die Haager Konferenz der Regierungen steht schon mitten in der Generaldebatte. Die Eröffnungssitzung ist für uns Deutsche nicht gerade erhebend gewesen, denn die staatspolitischen Ausführungen Dr. Stresemanns wurden von allen Delegationen mit eisiger Kälte zur Kenntnis genommen. Ueberraschenderweise fand die Rede unseres Reichsaußenministers am Tage darauf sowohl in der französischen wie in der englischen Presse eine außerordentlich zustimmende Würdigung. Woher also das Schweigen im Haag? Das „Echo de Paris" verrät uns, daß von dem drei Hauptdelegierten Frankreichs kein einziger die deutsche Sprache versteht, ihre nervöse Unruhe sich während der Ausführungen Dr. Stresemanns von Minute zu Minute vermehrte und erst die Uebersetzung bei ihnen ein Aufatmen der Erleichterung auslöste.

Schon der erste Tag der Generaldebatte zeigte deutlich, daß zwei Fronten aufmarschierten, als es galt, den Young-Plan zu würdigen. Der englische Schatzkanzler Snowden kündete das am Dienstag nachmittag an und am Mittwoch früh zeigten die Ausführungen des Rumänen Titulescu, des Griechen Venizelos und des Südslawen Marinkowitsch, daß England und die kleinen Nationen einerseits eine Aenderung des Verteilungsschlüssels verlangen, wie ihn der Young-Plan vorsieht, während Frankreich und Italien andererseits eine Abänderung dieses Schlüssels ablehnen.

Kein Politiker wird behaupten, daß durch die Art der Generaldiskussion, die von dem englischen Schatzkanzler Snowden sehr scharf eröffnet wurde, von den Franzosen und Italienern aber lediglich dadurch eine Entgegnung erhielt, daß diese ihre entgegengesetzte Auffassung in aller Ruhe vortrugen, ohne auf die sachlichen Gründe des Engländers näher einzugehen, die Konferenzarbeiten erheblich gefördert wurden. Es scheint uns auch verfehlt zu sein, die Erklärungen Snowdens als eine nicht ernst zu nehmende Ouvertüre der Konferenz würdigen zu wollen. Der ganze Charakter des englischen Staatssekretärs legt vielmehr nahe, seine Ausstellungen und Forderungen recht ernst zu nehmen. Deshalb stimmt uns auch die Erinnerung des französischen Finanzministers Cheron sehr nachdenklich, daß die Sachverständigen der Young-Konferenz vier Monate brauchten, um zu einer Einigung zu gelangen. Wieviel Zeit wird erforderlich sein, bis sich die zwei Fronten, die sich jetzt im Haag gegenüberstehen, zur Verständigung die Hände reichen?

Der deutsche Reichsaußenminister begnügte sich in der Generaldebatte mit einer kurzen, aber sehr geschickten Erklärung. Er legte den französischen Finanzminister Cheron, der von einer Liquidierung der Vergangenheit sprach, auf seine Aeußerung fest, erklärte erneut, daß Deutschland bereit ist, auf der Grundlage des Young-Planes zu einer Lösung des Reparationsproblems zu gelangen und sprach seine Hoffnung aus, daß es der Finanzkommission der Haager Konferenz gelingen werde, eine Einigung unter den Gläubigerstaaten herbeizuführen.

Die Franzosen erlebten jetzt schon, daß die Engländer gegen sie aufmarschierten. Es wird von ihnen besonders bitter empfunden, daß ihre Verbündeten in der Kleinen Entente, vornehmlich die Rumänen und Südslawen, sich auf der Seite des englischen Gegenpartners befinden. Im Hintergrund steht indessen noch eine andere Befürchtung, die wesentlich größere Besorgnis auslöst. Wenn die französische Presse dies auch noch nicht in unzweideutiger Weise ausspricht, so kann man doch zwischen ihren Zeilen die Furcht lesen, daß Briand gezwungen werden könnte, einen Zweifrontenkrieg gegen Snowden und gegen Dr. Stresemann zu führen. Die französische Taktik sucht dies begreiflicherweise mit allen Mitteln zu verhüten.

Gerade deswegen will die französische Delegation auch nicht gleichzeitig über die Reparationsfrage und die politischen Fragen verhandeln. Andererseits steht die Erklärung Snowdens fest, daß er es ablehnt, in finanzpolitischer Hinsicht den Franzosen Zugeständnisse zu machen, um dafür französische Zugeständnisse hinsichtlich der Räumung der besetzten rheinischen Gebiete zu erhalten. Taktik geht so vorerst über alles.

Reichsaußenminister Dr. Stresemann hat bisher zweifelsohne geschickt taktiert. Seine Rede bei der Eröffnung der Konferenz, die, wie man heute weiß, ursprünglich gar nicht vorgesehen war, ist sehr geschickt auf die öffentliche Meinung der angelsächsischen Völker eingestellt. Dies wurde von den Franzosen alsbald erkannt, weshalb sogleich die Direktive an die französische Presse erfolgte, diese Rede günstig zu beurteilen. Klug war auch die Beschränkung Dr. Stresemanns in der Generaldebatte auf eine Erklärung, da die Verteilung der deutschen Jahreszahlungen unter die Gläubigerstaaten lediglich eine Angelegenheit ist, die unsere Gegenpartner interessiert. Jedenfalls ist sie für uns nur von sekundärer Bedeutung. In gleicher Weise ist es zu begrüßen, zumal es eine Forderung der Loyalität und Ehrlichkeit ist, daß Dr. Stresemann die politischen Ansprüche Deutschlands in vornehmer aber nicht mißzuverstehender Weise ankündete.

Pariser Pressestimmen zur Rede Dr. Stresemanns

Zu der gestrigen Rede des Reichsaußenministers Dr. Stresemann schreibt „Temps": Man muß anerkennen, daß Stresemann eine gewisse Höhe des Gedankenfluges bewiesen hat, indem er kraftvoll und geschickt das Thema der verständnisvollen Zusammenarbeit der Völker entwickelte, ohne im besonderen auf die zwei Mal von Briand dargelegten Ansichten über die Möglichkeiten einer engeren internationalen Zusammenarbeit einzugehen. Stresemann geht auf diesem Wege weiter als irgend ein anderer. Denn er befürwortet für die Zukunft die Aufhebung der Währungsunterschiede und der unterschiedlichen Zolltarife zwischen den Staaten. Stresemann konnte sich nicht versagen, hervorzuheben, daß die wirtschaftliche Regelung politische Folgen haben müsse. Vielleicht war es nicht opportun, das im Laufe einer Eröffnungssitzung zu tun. Es heißt, daß Stresemann dem Teil der deutschen Oeffentlichkeit eine sofortige Genugtuung bieten wollte, der ihn drängt, unmittelbar auf politische Ergebnisse hinzuarbeiten, d. h. auf die Lösung der Rheinlandfrage.

Journal des Débats schreibt: Reichsaußenminister Dr. Stresemann ist von seinem Erholungsurlaub in blühender Gesundheit, gut aussehend und mit glanzvoller Stimme zurückgekehrt. Er scheint im Vollbesitze seiner Fähigkeiten zu sein, man braucht nicht erst zu betonen, daß er sie vollkommen ausnützt. Er hat in seiner gestrigen Rede zwei Richtlinien aufgestellt. Er hat ohne Zweifel aus Höflichkeit auf Briand auf eine Lösung der europäischen Schwierigkeiten durch eine Neuorientierung der Weltwirtschaft hingewiesen. Das ist die praktische Formel der Vereinigten Staaten von Europa. Sie stimmt überein mit den Bestrebungen der Allgemeinheit der europäischen Völker. Sie entspricht immer stärker zutage tretenden Bedürfnissen, sie ist also verführerisch. Aber sie kann nicht im Laufe des Monats August 1929 zu Tatsache werden. Stresemann wünscht, vor der Völkerbundstagung im September praktische Erfolge zu erzielen. Infolgedessen fordert er in der einer Eröffnungszeremonie angepaßten Form im voraus den Preis fü seine Zustimmung zu der neuen Orientierung.

Die englische Presse zu den Haager Reden

„Daily Mail" veröffentlicht die Rede des Schatzkanzlers Snowden, die naturgemäß in der ganzen Presse viel beachtet wird, unter der Ueberschrift „Snowdens Ultimatum".

Der Haager Korrespondent des "Daily News" führt aus: Dr. Stresemanns Rede war eine große Ueberraschung. Sie war sehr energisch und wurde mit großem Nachdruck gehalten. Ein Teil seiner Rede bedeutete ein Eintreten für wirtschaftlich Vereinigte Staaten Europas. Seine Rede hinterließ einen tiefen Eindruck.

Der Berichterstatter des „Daily Chronicle" meldet ebenfalls, daß Dr. Stresemann indirekt auf diesen Gedanken Bezug genommen habe. Der Berichterstatter kritisiert weiter den Umstand, daß nur ein Pressebeamter vom Foreign Office die britische Delegation begleitet, während die anderen Delegationen umfangreiche, sehr tüchtige Presseämter mitgebracht hätten.

Der Haager Korrespondent des „Daily Telegraph" schreibt: Dr. Stresemanns Rede war die erste, die die formellen diplomatischen Pfade verließ. Seine Worte, insbesondere sein Appell an die Staatsmänner, nicht zu zögern, den Völkern, die sie vertreten, einen Weg zu weisen, erweckten ein Echo der Sympathie. Der Korrespondent bemerkt, der deutsche Uebersetzer sei, da er in ständiger Fühlung mit seinen Chef stehe, in der Lage, feine Schattierungen der Bedeutung und des Nachdrucks der Reden zu bringen, besser als der fähigste internationale Beamte.

„Times" berichtet aus Berlin: In Deutschland hofft man, daß die Haager Konferenz auch eine Rückerstattung des Saargebiets bringen wird. Da die einzige Verhandlungsmethode, die Aussicht auf Erfolg hat, die einer finanziellen Vereinbarung mit Frankreich ist, sind endgültige Vorschläge auf dieser Grundlage ausgearbeitet worden und werden von der deutschen Delegation unterbreitet werden. Der diplomatische Korrespondent des Daily Telegraph führt aus: Sollte die Saarfrage in einem weiteren Sinne aufgeworfen werden, so darf nicht erwartet werden, daß die britische Delegation der These zustimmen wird, daß das Saargebiet ausschließlich Frankreich und Deutschland angeht. Es kann für England nicht gleichgültig sein, wenn französisch-deutsche Vorzugs-Handelsabmachungen in diesem Gebiet unter politischem Druck abgeschlossen werden.

Die Ausschüsse sind gebildet

Nach der Generaldiskussion folgten die geschäftsordnungsmäßigen Vorschläge Jaspars. Es wurde ein finanzieller und ein politischer Ausschuß gebildet. In dem finanziellen Ausschuß sollen alle Mächte durch je zwei Delegierte vertreten sein. Die finanziellen Probleme, die nur die einladenden Mächte betreffen, sollen von deren Delegierten allein behandelt werden.

Der politische Ausschuß besteht gleichfalls aus je zwei Delegierten, jedoch nur der einladenden Mächte. Unterausschüsse für beide Ausschüsse sind nach Bedarf vorgesehen.

Snowden, England, schlug unter allgemeiner Zustimmung für den Finanzausschuß den belgischen Finanzminister Baron Houtart als Vorsitzenden vor, der die Wahl dankend annahm.

Für den politischen Ausschuß wurde von Briand Henderson als Vorsitzender vorgeschlagen. Auch dieser Vorschlag wurde angenommen.

Die Vorsitzenden der beiden Ausschüsse zählen als Delegierte nicht mit. Die erste Sitzung der Ausschüsse ist auf heute nachmittag um 4 Uhr anberaumt worden.

*

Zum gestrigen Verlauf der Haager Konferenz wird es in Berliner politischen Kreisen mit Genugtuung verzeichnet, daß es bereits am zweiten Tag gelungen ist, die Kommissionen zu bilden und die Verhandlungen damit aus dem Stadium der öffentlichen Reden in das der sachlichen Kommissionsberatungen hinüberzuleiten. Die Generaldiskussion hatte nur den Zweck, den Mächten Gelegenheit zu geben, ihren Standpunkt vor der Oeffentlichkeit darzulegen. Es ist anzunehmen, daß sich in dem Gremium von je 12 Mitgliedern schnellere Fortschritte zu einer Einigung erzielen lassen als vor dem Forum der Konferenz und der Oeffentlichkeit, vor der natürlich Prestigefragen eine viel größere Rolle spielen. Die Wahl des belgischen Finanzministers Baron Houtart zum Vorsitzenden der Finanzkommission ist vom deutschen Standpunkt aus schon deshalb annehmbar, weil Belgien den Youngplan angenommen hat. Besonders wird in Berliner politischen Kreisen die Tatsache begrüßt, daß der englische Außenminister der politischen Kommission vorstehen wird. Es ist bemerkenswert, daß diese Wahl auf den Vorschlag Briands zurückging, der damit vielleicht eine freundlich-versöhnende Geste gegen England machen wollte, um damit etwaige Empfindlichkeit zu beseitigen, die in London noch von dem Streit um den Konferenzort zurückgeblieben sein könnten. Deutschland hat für den finanzpolitischen Ausschuß die Minister Hilferding und Curtius genannt, für die politische Kommission die Minister Stresemann und Wirth. Beide Kommissionen sind als dauernd anzusehen. Der finanzpolitische Ausschuß wird der Vollkonferenz am Schluß Bericht erstatten, dagegen trifft der politische Ausschuß seine Entscheidungen, ohne der Konferenz darüber einen Bericht vorzulegen. Das Motto für den Finanzausschuß ist der Youngplan, das für die politische Kommission das Genfer Communiqué vom 16. September v. J., in dem die Liquidierung aller aus dem Kriege noch offenen Fragen vorgesehen ist. In dieser Kommission wird also zunächst die Räumungsfrage und dann die Frage der Feststellungs- und Vergleichskommission behandelt werden, dagegen wird die Saarfrage vorläufig nicht in die Kommission hineingebracht, sondern zwischen Briand und Stresemann besprochen werden. Es wird unterstrichen, daß beide Kommissionen getrennt, aber zum selben Zeitpunkt zusammentreten und damit der deutschen Forderung nach Gleichzeitigkeit der Behandlung des Youngplanes und der Räumungsfrage Rechnung getragen ist. Im ganzen sieht man das Ergebnis des gestrigen Tages als einen erheblichen Fortschritt an, wie er zu Beginn der Konferenz nur irgendwie erwartet werden konnte, wobei natürlich Klarheit darüber besteht, daß die Behandlung der großen und sehr schwierigen Fragen nun erst beginnt.

Flucht aus der D. N. V. P.

Mitte Juli trat der Kreislandbund Torgau als erste derartige Gruppe auf einstimmigen Beschluß des Hauptvorstandes und der Delegiertenversammlung zur Christlich-nationalen Bauern- und Landvolk-Partei über. Mit wenigen Ausnahmen gehörten Vorstand und Mitglieder des Kreislandbundes Torgau der Deutschnationalen Volkspartei an, die aber nach Ansicht der Mehrheit die Interessen des Landvolkes nicht energisch und eindeutig genug vertritt. Nunmehr hat auch der Vorstand des Kreislandbundes Delitzsch einstimmig beschlossen, sich dem Vorgehen des Landbundes Torgau anzuschließen und zur Christlich-Nationalen Bauern- und Landvolkpartei überzutreten. Einzelne Vorstandsmitglieder haben diesen Uebertritt bereits vollzogen. Man darf annehmen, daß diese Uebertritte als eine Desavouierung Hugenbergs in seiner Rolle als Diktator der Deutschnationalen Volkspartei zu bewerten sind.

Die Gehälter der Reichsbankdirektoren

Bekanntlich stehen die Mitglieder des Direktoriums der Reichsbank außerhalb der Reichsbesoldungsordnung. Sie erhalten einschließlich der Zuschläge usw. ein Jahresgehalt von 180 000 Mark, der Präsident bezieht 340 000 Mark jährlich. Scheidet ein Mitglied des Direktoriums ohne Verschulden aus, so erhält es ein achtfaches Jahresgehalt als Abfindung, also 1 440 000 Mark, der Präsident etwa 2,7 Millionen Mark. Ungefähr die gleichen Verhältnisse bestehen bei der Hauptverwaltung der Reichsbahn.